

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
liebe Ratskolleginnen und –Kollegen,

wir bedauern, dass wir heute nicht, wie ursprünglich vorgesehen die 13. Änderung des Flächennutzungsplans „Baumberg Ost“ beschließen können. Die erneute Offenlage stellt aus unserer Sicht jedoch eine Chance dar, mögliche Fehler, die im Verfahren gemacht wurden, zu korrigieren.

Hauptgrund für eine erneute Offenlage sind die Einwendungen eines Gewerbebetriebs, dessen Belange durch den veränderten Plan berücksichtigt werden. Der damit verbundene Verlust eines kleinen Baulandstücks wird sich in der Gesamtkonzeption nicht bemerkbar machen. Die nicht bebaubare Fläche kann den am Rande stehenden Häusern als Garten zu geordnet werden.

Berücksichtigt werden können durch die erneute Offenlage aber die viel gescholtenen vermeintlichen Verfahrensfehler.

Insbesondere in der Sitzung des Stadtplanungsausschusses am 8. September hatte der Vorwurf, die Unterlagen seien nicht vollständig, für Aufregung gesorgt. Die erneute Offenlage beinhaltet auch eine umfassende Abwägung, die die Bedenken ausräumen wird.

Auch vor dem Hintergrund des so genannten Kompromissvorschlags möchte ich die Gelegenheit dennoch nutzen noch einmal genauer auf die Planung einzugehen. Im

Mittelpunkt der Diskussion steht die Standortfrage. Liebe CDU-Fraktion, Sie machen es sich mit ihrer Behauptung, dass ein neuer Sportplatz am Kielsgraben schneller errichtet werden könnte, sehr einfach. Einfach deshalb, weil ihre Behauptung nicht stimmt. Und einfach deshalb, weil sie nicht anerkennen, dass dies ein Versäumnis ihrer Fraktion ist. Natürlich machen sie jetzt empörte Gesichter, aber lassen sich mich den Hintergrund meiner Feststellungen erklären.

Der für den Kielsgraben gültige Planfeststellungsbeschluss aus dem Jahr 2002 (01.08.2002) sieht für den Bereich der Bürgerwiese und des Sportplatzes Freizeit- und Sportfläche vor. Hier wäre die Neuerrichtung eines Sportplatzes unproblematisch möglich – jedoch erst in rund drei Jahren. Wenn derzeit über den Kielsgraben als alternativen Standort gesprochen wird, dann geht es um die Flächen, die bereits wieder verfüllt sind. Der eben schon zitierte Rekultivierungsplan schreibt hier jedoch Flächen für einen Biotopverbund vor. Dieser Plan ist verbindlich. Und, was noch viel wichtiger ist, er ist nicht von der Stadt in eigener Hoheit erlassen worden. Es handelt sich dabei vielmehr um ein hart errungenes Konzept des Kreises.

Ich möchte hier nicht so verstanden werden, dass eine Sportplatzerrichtung an dieser Stelle deshalb unmöglich sei. Tatsache ist aber, dass man dazu mittels eines Bebauungsplans den bestandskräftigen

Planfeststellungsbeschluss mit seinen konträren Festsetzungen ersetzt werden müsste. Dazu ist eine umfassende Auseinandersetzung mit dem Kreis notwendig. Wie lange sich ein solches Verfahren hinziehen kann, zeigt das Projekt „Krämer See“. Hier arbeitet die Verwaltung inzwischen seit über 5 Jahren an einer Lösung. Rechtskräftig beschlossen ist bisher kaum etwas.

Vielleicht könnten wir einen Ersatz am Kielgraben bauen, wenn das notwendige Verfahren vor vier bis fünf Jahren angestoßen worden wäre. Zu diesem Zeitpunkt, liebe CDU-Fraktion, waren sie jedoch nicht in der Lage ein Sportstättenkonzept zu beschließen, obwohl sie eine politische Mehrheit im Rat gehabt hätten. Fazit: Am Kielsgraben ist ein zeitnahe Ersatz für den wegfallenden Sportplatz nicht möglich – und das ist ihr Versäumnis, liebe Mitglieder der CDU.

Den Antrag von Herrn Bossmann nach § 24 Gemeindeordnung werden wir daher auch ablehnen. Wichtigster Baustein des Alternativvorschlags ist, dass der Neubau der Bezirkssportanlage in Baumberg am Kielsgraben erfolgt. Das ist aber zeitnah nicht umsetzbar. Ich darf an dieser Stelle auch daran erinnern, dass die Entscheidung für den Standort in Baumberg Ost, nicht die kurzfristige Wahl des Erst-Besten war. Im Rahmen des Sportstättenkonzepts wurden die verschiedenen Varianten und alternativen Standorte lange

gegeneinander Abgewogen, bevor sich dann eine Mehrheit für den Standort Baumberg Ost entschieden hat.

Davon abgesehen ist nach derzeitigem Verhandlungsstand zwischen der Stadt und BRAAS ein Neubau am Kielsgraben nach wie vor rund eine halbe Million teurer. Um das einmal plastisch darzustellen: BRAAS müsste auf einen vertraglich zugesicherten Grundstückskaufpreis von rund 16,- Euro pro Quadratmeter verzichten und das Gelände für nur drei Euro abgeben. Wir halten das nicht für realistisch und können einen Bauaufschub gegenüber den Sportlern unserer Stadt, um diese Verhandlungen abzuwarten, nicht vertreten.

Nach dem heutigen Beschluss folgt die vierwöchige Offenlage. Ein endgültiger Beschluss über den Flächennutzungsplan könnte noch dieses Jahr gefasst werden. Uns gehen damit rund zwei Monate bei der Umsetzung des Sportstättenkonzepts verloren. Natürlich setzt uns das unter Druck. Ohne Zweifel belastet es uns, dass unsere Zeitachse für die Realisierung des Sportstättenkonzepts zunehmend in Gefahr gerät. Mit dem Neubau des Sportplatzes soll dann aber so schnell wie möglich begonnen werden, so dass er möglichst nah an der Schließung des Sportplatzes am Kielgraben eröffnet werden kann. Wenn sich der Bau des Ersatzplatzes in Baumberg Ost dennoch nicht zeitnah realisieren ließe, hat sich das in erster Linie die IGBBO zuzuschreiben, die mit ihrer Öffentlichkeitsarbeit nichts anderes bewirken will, als eine Bauverzögerung. Ihr erklärtes Ziel ist es

den Bau des Sportplatzes, für den es keinen alternativen Standort gibt, zu verhindern oder zu verzögern.

Aber zurück zur Planung in Baumberg Ost. Auch wenn in den letzten Tagen Gegenteiliges in der Zeitung zu lesen war, die von Herrn Bossmann in der Rheinischen Post genannten Zahlen zur Pachtentschädigung gehen an der Realität vorbei. Herrn Bossmann hat Anfang der Woche angekündigt jetzt Erdbeeren zu pflanzen. Aus unserer Sicht stellt das reinen Aktionismus dar. Nach den monatelangen öffentlichen Debatten, ist das Vertrauen in diese Investition kaum schutzwürdig. Jetzt Geld in Pflanzen zu investieren, die bei Baubeginn des Sportplatzes wieder entfernt werden müssen, ist rausgeschmissenes Geld. Das Verhalten zeugt unserer Meinung nach entweder von Unvernunft oder einer sehr schlechten Beratung, denn wir werden weder 100.000, 200.000 noch 300.000 oder gar 375.000 Euro Entschädigung für die Kündigung des Pachtvertrags zahlen. Der Anbau von Erdbeeren ist auf dieser Fläche im Pachtvertrag nicht vorgesehen. Die Tatsache, dass gegen den Vertrag bereits verstoßen wurde, ändert daran nichts. Zu entschädigen ist für Ackerland. Darunter fällt der Anbau von Erdbeeren nicht.

Im Rahmen der Planungen wird darauf geachtet, das weder der entstehende Sportplatz, noch die heranrückende Wohnbebauung zu einer Existenzbedrohung für den landwirtschaftlichen Betrieb mutieren. Als Ausgleich für den

wegfallenden Acker wurde Herrn Bossmann bereits eine alternative gleichgroße Fläche angeboten, die sogar näher an seinem Hof liegt. Dieses Angebot hat Herr Bossmann abgelehnt. Wir können daraus nur einen Schluss ziehen: Eine Existenzangst ist nicht der Grund dafür, dass sich hier gegen den Neubau des Sportplatzes gewehrt wird.

Auch der Hinweis auf die CO-Pipeline ist nicht stichhaltig. Zum einen klagt die Stadt, mit Unterstützung aller Fraktionen, gegen diese Pipeline. Das würden wir nicht tun, wenn wir nicht auch eine Aussicht auf Erfolg hätten. Außerdem müssten wir dieser Argumentation nach andere Wohngebiete, die noch näher an der Pipeline sind, sperren. Widersprüchlich ist aber insbesondere, dass sie, sehr geehrte Mitglieder der CDU-Fraktion, doch sogar 500 statt nur 100 neue Wohneinheiten fordern. Sie scheinen ihr eigenes Argument an dieser Stelle nicht wirklich ernst zu nehmen.

Auch die, insbesondere von der Bürgerinitiative angeführten, Immissionen werden berücksichtigt. Der Sportplatz wird so konzipiert, dass alle Grenzwerte eingehalten werden. Weder müssen die Anwohner mit unzumutbarem Lärm rechnen, noch werden sich die Sportler einer Stilllegung der Anlage ausgesetzt sehen.

Im Ergebnis bedeutet das:

- Wir halten an dem in diesem Rat beschlossenen Sportstättenkonzept und der damit verbundenen Planung zu Baumberg Ost fest und werden der erneuten Offenlage des Flächennutzungsplans zustimmen.
- Wir werden den Prüfantrag der SPD auf Anlegung eines Wirtschaftsweg unterstützen.
- Auf Grund der Vertagung des Tops aus der letzten Ratssitzung in den heutigen Fortsetzungstermin, beantragen wir, dass die Beschlussempfehlung dahin geändert wird, dass der Rat gemäß § 9 Abs. 4 Satz. 1 der Hauptsatzung die Entscheidungen des gesamten Bauleitverfahrens Baumberg Ost an sich zieht, um die entstandene zeitliche Verzögerung aufzuholen.